

Kehrtwende

Groß war die Empörung über die vom Land geforderte Anhebung der Hebesätze von Grund- und Gewerbesteuer bei der Debatte im Gemeinderat Limburgerhof Anfang November. Jetzt rudern die Kommunalpolitiker zurück. Die Bürger müssen 2023 nun doch mehr Steuern zahlen.

VON CHRISTINE KRÄHN

LIMBURGERHOF. Das Land Rheinland-Pfalz muss den kommunalen Finanzausgleich neu ordnen und den meisten Kommunen mehr Geld in Form von Schlüsselzuweisungen geben, damit diese die Aufgaben, die ihnen auferlegt sind, erfüllen können. Die Kommunen müssen selbst einen Beitrag leisten und ihre Einnahmen aus Grund- und Gewerbesteuer erhöhen.

Tut eine Gemeinde das nicht, hat sie nicht nur weniger Geld, sondern könnte noch viel gravierendere Nachteile haben: Sollte ihr Haushalt nicht ausgeglichen sein, könnte er nicht mehr genehmigt werden. Außerdem wäre es fraglich, ob Investitionen noch gefördert werden. Und die Kreisumlage, die eine Gemeinde zahlen muss, wird so berechnet, als ob die Steuern erhöht wurden. Die Gemeinden sind vom Land also faktisch gezwungen, mehr Steuern zu verlangen.

Das haben CDU, FWG und FDP in der Gemeinderatsitzung vor zwei Wochen kategorisch abgelehnt. Selbst die SPD konnte sich damals nicht dazu durchringen, den Vorgaben der Minister Angefälligkeit zu folgen, und hat sich enthalten. Nur die Grünen stimmten zu.

Nach dieser Sitzung haben die Christdemokraten Bürgern an Infoständen erklärt, warum die Landespolitik ihrer Ansicht nach zutiefst unsolidarisch sei. „Wir haben sehr viel Zuspruch bekommen für unsere ablehnende Position“, erklärte Fraktionsvorsprecherin Monika Häber. Auch die FWG bring auf ihre Interessen hinzu.

In der Sitzung des Haupte- und Finanzausschusses am Donnerstag plapperte das Thema dann wieder auf. Da ging es um die Beratung des Haushalts für 2023. Und in der Sitzung stehen die erhöhten Steuerhebesätze, so wie das Land sie gefordert hat. Ein Grund, den Haushalt abzulehnen, war das aber für keine Fraktion mehr.

CDU, FWG und FDP machten deutlich, dass sie ganz und gar nicht damit einverstanden sind, aber nun halt doch zustimmen müssen. Für Monika Häber war klar, dass vom kommunalen Finanzausgleich nur stärker verschuldete Kommunen profitieren werden. „Die Steuererhöhungen werden damit nicht in Limburgerhof bleiben, sondern im undurchsichtigen System des kommunalen Finanzausgleichs verstreuen.“ Doch die Landesregierung strebe am längeren Hebel „Wir fliegen der Gemeinde Limburgerhof Schaden zu, wenn wir die Anhebung der Realsteuerhebesätze weiter ablehnen“, gab sie zu. Dabei werde ihre Fraktion zähneknirschend zustimmen, sie fordere aber, dass die Gemeinde Limburgerhof rechtliche Schritte gegen das Reformgesetz prüft.

Die Fraktionsmitglieder von FWG und FDP wollten dem Haushalt aus Protest gegen die Steuererhöhung nicht zustimmen und enthielten sich jeweils der Stimme. An den Vorbereitungen habe sich nichts geändert, aber die



Die Grundsteuer B für Baugrundstücke wurde in Limburgerhof am stärksten angehoben. ARND BRONKHORST/DFP

Steuererhöhung an kein hinreichendes Grund, um die Haushaltsatzung abzulehnen, sagte Oliver Neumann (FDP). Monika Häber (FWG) sprach von einem „ganz, ganz großen Dilemma“, weil die Verwaltung handlungsfähig sein solle, man sich aber „extrem verpflichtet fühlte, die Bürger nicht zu belästigen“.

Brigitte Auweter (SPD) erklärte, dass die Steuererhöhungen das geringere Übel seien. „Wir alle leiden noch viel mehr, wenn nur noch dringend notwendige Ausgaben genehmigt werden.“ Von der Flutlichtanlage am Sportplatz über die Ausstattung des Spielplatzes bis zur Bucherei – das alles stehe auf dem Spiel.“ Ihre Partei, die sich zuletzt enthalten hatte, stimmte nun zu. Nur Raymond Koings (Grüne) brauchte keine Kehrtwende zu machen.

Bei Enthaltungen von FWG und FDP empfahl der Hauptausschuss dem Gemeinderat, die Haushaltsatzung einschließlich der Steuererhöhung zu beschließen. Gegen die Stimmen von SPD und Grünen wurde die Verwaltung beauftragt, rechtliche Schritte gegen den Finanzausgleich zu prüfen.

Die Grundsteuer A wurde von 300 auf 345 Prozent angehoben, die Grundsteuer B steigt von 365 auf 465 Prozent, die Gewerbesteuer steigt von 365 auf 390 Prozent. Damit wird der Grundsteuer A um 15 Prozent, die Grundsteuer B um 27,4 und die Gewerbesteuer um 4,1 Prozent erhöht.

KOMMENTAR

Bürger werden veralbert

VON CHRISTINE KRÄHN

Erst die Steuererhöhung ablehnen, dann doch zustimmen: Die Glaubwürdigkeit der Lokalpolitiker hat gelitten.

Steuererhöhungen will den Bürgern in diesem Leben kein Kommunalpolitiker zumuten. Dass CDU und FWG in Limburgerhof ihren Unmut darüber energisch äußern, ist nachvollziehbar. Ihre Parteilosen haben die Entscheidung in Mainz nicht getroffen. FDP und SPD sind in der Zweckmühle. Sie müssen das unpopuläre Vorgehen der Landesregierung gegenüber den Wählern verteidigen. Vor zwei Wochen haben sie gekniffen. Alle vier Fraktionen wussten, dass sie damit ihren Wählern nach dem Mund reden, der Gemeinde aber wohl eher Schaden zufügen. Die Kehrtwende im Hauptausschuss war vorbereitbar.

Hier wurden die Bürger veralbert. Erst Aktionismus, dann Rolle rückwärts – die Glaubwürdigkeit der Damen und Herren in den Limburgerhofer Gremien hat gelitten. Nur die Grünen haben von Anfang an klare Karte gezeigt.

4,5 Millionen an Investitionen

Limburgerhofer Hauptausschuss billigt Haushalt

Der Haushaltsplan der Ortsgemeinde Limburgerhof für 2023 ist ein 137 Seiten starkes Zahlenwerk. Besonders interessant für die Bürger sind zwei Aspekte: die Höhe der Steuern, die sie an die Gemeinde zahlen müssen, und das, was die Gemeinde für sie tut. Diese sorgt nämlich dafür, dass Schulen, Kitas, Feuerwehr, Rathaus und Friedhof in Schuss gehalten werden und so ausgestattet sind, dass der Betrieb reibungslos läuft und Straßen ausgebaut werden.

Über 4,5 Millionen Euro hat der Kommerrat für Investitionen im kommenden Jahr eingeplant. Davon sind 1,8 Millionen Euro davon fließen in den Straßenausbau des Hermann-Löns-Wirg, eine Million Euro ist für die Sanierung der Turnhalle der Carl-Rosch-Schule eingeplant und eine halbe Million Euro für die Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge und Obdachlose.

Das Rathaus kann für 150.000 Euro saniert werden, 300.000 Euro stehen für den Umbau des Hartplatzes in einen Rasenplatz bereit. Die Anschaffung eines Mehrzweckfahrzeugs für die Feuerwehr wird auf Wunsch von SPD und FWG von 2023 auf 2024 verschoben. All die großen Investitionen waren für die Ausschussmitglieder,

die über diesen Haushaltsplan berichten, in Ordnung. Ausgiebig diskutiert wurde aber über die Anschaffung eines Sicherungsfahrzeugs für die Bereitstellung von Ölsperren für 25.000 Euro. Es wird angeschafft.

Der Haushaltsplan 2023 schließt im Ergebnishaushalt, der einen Gewinn- und Verlustrechnung gleichkommt, mit einem Plus von 115.350 Euro. Der Finanzhaushalt schließt mit einem Plus von 714.320 Euro.

Die Haushaltsanträge der SPD-Fraktion wurden mehrheitlich abgelehnt. Die Sozialdemokraten hätten gerne gehabt, dass je 500.000 Euro in einem Klimafonds und in einem Fonds für den potenziellen Erwerb von Gewerbe- und Wohnbaugrundstücken im Haushalt abgebildet werden. Das ging ebenso wenig durch wie der Antrag auf einen zweiten Mischspielplatz und der gemeinsame Antrag mit den Grünen, einen Klimaschutzmanager einzustellen. Auch der wiederholt geforderte Trinkwasserrennen wird 2023 nicht gebaut. Angenommen wurde der Antrag der CDU, in den nächsten fünf Jahren jährlich 300.000 Euro für die Installation weiterer Fotovoltaikanlagen auf gemeindeeigenen Dächern bereitzustellen zu.